

Wieder neue Corona-Regeln

Bund und Länder haben bei ihrer Schaltkonferenz am 25. November vereinbart, die Corona-Regeln vom November bis in den Dezember hinein zu verlängern - mit einigen Aktualisierungen und Verschärfungen. Hintergrund sind die weiterhin hohen Infektionszahlen. Erstmals bis zum 20. Dezember, jetzt sogar bis Mitte Januar. Bis zu diesem Termin gelten weiterhin die aktuellen Corona-Maßnahmen vom November - einige werden auch verschärft. Restaurants, Theater und Freizeiteinrichtungen bleiben grundsätzlich bundesweit geschlossen, mit Mini-Ausnahmen in einigen Bundesländern. Wie es ab Mitte Januar weitergeht, ist unklar. Möglich, dass die Beschränkungen bis zum Frühjahr andauern. Bis zum 15. Dezember wollen sich Bund und Länder erneut besprechen. Strengere Regeln gelten für die Zahl der erlaubten Kontakte im privaten Bereich, also Freunde, Bekannte, Verwandte. Künftig soll nur noch ein Haushalt mit einem weiteren Haushalt zusammenkommen - mit einer Gesamtzahl von maximal fünf Personen. Kinder bis 14 Jahre sind ausgenommen. Bisher galt eine Obergrenze von zehn Personen.



Wir Republikaner sind keine Corona-Leugner, sondern wollen die Pandemie ebenfalls bekämpfen, aber auch die Rechte unserer Bürger nicht unnötig beeinträchtigt wissen. So lehnen wir den geplanten kompletten Lockdown ab. Bereits der erste Lockdown hat zu irreparablen wirtschaftlichen Einbrüchen geführt. Existenzen wurden ruiniert und bereits jetzt sind hunderttausende Bürger insolvent. Während z.B. in der Gastronomie hohe Ausgaben für Schutzmaßnahmen geleistet wurden, führten weitere Regeländerungen dazu, dass der Betrieb trotzdem untersagt werden konnte. Die jeweiligen Regeln sind Ländersache und können von den Kommunen zusätzlich verändert werden. Dieser Irrsinn muss beendet werden und einheitliche Regelungen getroffen werden.

Islamisten fordern mehr Respekt für ihren Propheten

Nein, wir berichten nicht aus einem islamischen Land, sondern aus unserer Heimat, also einem Land mit eindeutig christlichen Wurzeln und Werten. Zunehmend fällt es aber schwerer, diese Dinge in Deutschland zu finden. Insbesondere in einigen Regionen ist Deutschland kaum noch erkennbar. Dabei verwundert es dann nicht, dass die Zahl der öffentlichen Kundgebungen von Islamisten weiter zunimmt. So traten wiederholt u.a. in Hamburg Demonstranten auf und forderten mitten in der Innenstadt „Respekt für den Propheten Mohammed“ ein. Kritisiert wird auch Frankreichs Präsident Macron. Dieser hatte betont, dass religionskritische Karikaturen von der Meinungsfreiheit gedeckt seien.

Bei der jüngsten Kundgebung fanden sich 160 Demonstranten zur Veranstaltung ein, bei einer Demonstration vorher waren es 270 Islamisten, die laut schreiend auf die Straße zogen.

Abgelehnte Asylanten kosten den Steuerzahlen Milliarden

Im Jahr 2020 wurden rund 58 Prozent aller Asylanträge abgelehnt. Da Asylbewerber in diesen Fällen eigentlich hätten ausreisen müssen und ihr weiterer Aufenthalt somit nicht mehr gerechtfertigt wäre, müssten theoretisch die Ausgaben sinken. Genau das Gegenteil ist aber der Fall. Mit satten 4,5 Milliarden Euro schlagen die Kosten zu Buche und dabei sind nicht jene Ausgaben der Kommunen berücksichtigt, die diese nach unterschiedlichen Fristen selber tragen müssen. Alleine 2,1 Milliarden Euro werden für Sozialhilfezahlungen aufgebracht, für Personen, die überhaupt nicht mehr in Deutschland sein dürften. Dieses Geld könnte

weitaus sinnvoller eingesetzt werden, zum Beispiel im sozialen Bereich. Unsere notleidenden Bürgerinnen und Bürger würden es sicherlich danken.

In der Bundesrepublik waren Ende des Jahres 2019 rund 250.000 Ausländer ausreisepflichtig. Davon hatten jedoch 202.387 Ausländer eine Duldung aus den unterschiedlichsten Gründen. So wird nach Syrien gar nicht abgeschoben, weil es in einigen Teilen des Landes noch einen Bürgerkrieg gibt. Verbunden damit liegen höhere Bleibechancen vor, wenn die Herkunft aus Syrien behauptet wird. Genau das machten in diesem Jahr (alleine zwischen Januar bis Oktober) 29.413 Asylantragsteller. Sie waren damit mit 35 Prozent die größte Gruppe der

insgesamt fast 84.000 Asylantragsteller (Januar bis Oktober 2020). Tatsächlich abgeschoben wurden im vergangenen Jahr gerade einmal 22.097 Asylbewerber. Die Jahreszahlen sind seit 2016, als 26.375 Asylbewerber abgeschoben wurden.

Die meisten Abgeschobenen sind (nach Staatsangehörigkeit) sind Albaner (1.604), Nigerianer (1.432) und Georgier (1.242). Eine besonders weite Reise mussten die meisten von ihnen nicht antreten: Häufigstes Zielland bei Abschiebungen war mit 2.692 Fällen Italien, gefolgt von Albanien (1.528) und Frankreich (1.196).

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Steigende Kinderarmut im reichen Deutschland steigt weiter

Kinderarmut bleibt ein Thema, nicht nur weltweit, sondern auch im reichen Deutschland, wo aktuell die Zahlen weiter steigen und neben der Alters- auch die Kinderarmut wächst.

Vor rund dreißig Jahren wurde die UN-Kinderrechtskonvention ins Leben gerufen. Die in 54 Artikeln verfasste Erklärung soll die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Unter anderem ist dort auch das Recht auf soziale Sicherheit und angemessene Lebensbedingungen festgehalten.

In Deutschland sind aktuell 20,5 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unter 18 Jahren von Armut bedroht (Stand 2019). Die Armutsgefährdungsquote ist laut dem Statistischen Bundesamt in den vergangenen Jahren tendenziell eher gestiegen und befindet sich aktuell auf einem 10-Jahres-Hoch, wie die Statista-Grafik zeigt.

Für das Jahr 2020 kann davon ausgehen werden, dass die Corona-Krise den Druck noch einmal verstärkt, weil Eltern der benachteiligten Kinder und Jugendlichen besonders betroffen sind: Sie arbeiten proportional überdurchschnittlich häufiger in teilzeitigen Tätigkeiten oder als Minijobber und gehören deswegen zu der Gruppe, die als erste ihre Jobs verlieren oder nur vergleichsweise wenig beziehungsweise gar kein Kurzarbeitergeld erhalten. Denn wer heute z.B. tariflichen Stundenlohn von 11 Euro brutto bekommt, der wird bei 60 oder 67 % Kurzarbeitergeld nur schwer die laufenden Kosten bewältigen können.

Kundgebung der Querdenker in Bremen verboten

Die angemeldete "Advents Mega Demonstration" von Gegnern der Corona-Maßnahmen darf nicht stattfinden. Das hat das Bremer Ordnungsamt entschieden. Erwartungsgemäß begrüßte Innensenator Mäurer die Entscheidung. Die Veranstaltung drohe, zum Superspreader-Ereignis zu werden, wurde als Begründung angeführt.

Beide Veranstaltungen werden "mit dem Verweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in Bremen vor dem Hintergrund der Pandemieentwicklung verboten", teilte das Innenressort mit. Davon seien auch alle Ersatzveranstaltungen betroffen. Das Ordnungsamt habe vergeblich versucht, sich mit den Veranstaltern auf einen "vertretbaren Rahmen zu verständigen". Samstag seinen im gesamten Stadtgebiet sechs Gegendemonstrationen gegen die Querdenker angemeldet worden, bei denen insgesamt bis zu 1.500 Teilnehmer erwartet werden.

Für die Demonstration auf der Bürgerweide hatte der Veranstalter mit 20.000 Demonstranten gerechnet, für eine anschließende Aktion in der Bremer Innenstadt mit noch einmal 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dort sollte "Europas größtes Lichtermeer" entstehen, wurden öffentlich die Kundgebungen beworben. Die Veranstalter setzen sich dabei kritisch mit den Corona-Regeln auseinander, was sie natürlich unter den Generalverdacht stellt, es wäre angeblich „rechtes Gedankengut“.

Neue Pressesprecherin beim LV Niedersachsen

Am 17.11.2020 hat das Landesverband Niedersachsen Frau Jasmin Rawat zur neuen Pressesprecherin ernannt.



Frau Rawat gehörte vorher der AfD an und ist unter der Mailadresse presse-nds@rep.de zu erreichen.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de
DIE REPUBLIKANER
DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.